

Sonstiger Antrag BuPa

| | |
|---|--|
| Datum | 17.01.2023 |
| Themenbereich | Satzungsergänzung |
| Antragsteller | Helmut Grunst |
| Mitgliedsnummer | 20025788 |
| Kontakt | helmut.grunst@gmail.com |
| Gegenstand / Thema | Ausrichtung „Öffnungsklausel Bundestagswahl“ |
| abstimmungsfähiger Wortlaut Ja - Nein | <p>Der Bundesparteitag beschließt eine Öffnungsklausel für die nächste Bundestagswahl, welcher nach Rahmenbedingungen, z. Bsp. einem „Kongress der Direktdemokraten“ oder siehe Begründung unten, ermöglicht, gemeinsame Listen für die Bundestagswahl zu generieren / zuzulassen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmetatbestand Fremdmandatierung (nicht Satzungskonform), muss (temporär) erlaubt werden. Der BuPa ermächtigt dazu den Bundesverband dieBasis dies für die kommende Bundestagswahl formaljuristisch zu gestalten.</p> |
| Begründung | <p>Nach Beschlußfassung ist, <i>dieBasis</i> künftig / temporär als "Sammelpartei" ihrer bisherigen Mitglieder und aller bisherigen Parteien der "Mitte / des Friedens" zu verstehen und hat dies formal zu konkretisieren.</p> <p>Dazu ist - im Hinblick auf die nächsten Bundestags Wahl - eine gemeinsame Liste aller Parteien erarbeitet und zuzulassen, die nicht auf der Unvereinbarkeitsliste stehen, sofern sie für Basidemokratie (leider noch nicht definiert,</p> |

**vergleiche Vorgängeranträge), ersatzweise
„Direkte Demokratie“ und Frieden eintreten.**

Als Bedingung gilt, dass potenzielle Angehörige der Sammlungsbewegung nur beitreten können, wenn sie die **Satzung der Partei *dieBasis* als vereinbar mit ihren Interessen** bewerten und dies schriftlich vereinbart wird.

Parteien, die militaristische Inhalte vertreten (z.B. AfD: Erhöhung der Militärausgaben, Befürwortung von Zwangsdienst) oder Forderungen vertreten, mit denen sie das Grundgesetz übertreten (z.B. die LINKE: Einsätze der Bundeswehr auch ohne UN-Mandat) sind von der gemeinsamen Liste in jedem Fall ausgeschlossen, weil eine Unvereinbarkeit erarbeitet wurde.

Eine weitere Bedingung ist, das der Nürnberger Codex nicht mehr übertreten werden darf (Corona – Problematik, Zwangsmedizin – Zwangsimpfung)

Wir wollen integrieren und nicht ausschließen. Wir wollen ein Alleinstellungsmerkmal belegen und Direktdemokratisch – Basidemokratisch führen. Wir wollen Angebote für nicht kaputte (Klein)parteien / Altparteien mit „Direkten Demokratie Elementen“ haben, die sich auch im Namen wiederfinden könnten mit:

dieBasis – Orts- Herkunftbezeichnung
dieBasis – Berlin / Landshut / Kelheim etc...

oder auch:

dieBasis – **Graue Panter – Berlin**
dieBasis – **Piraten – Berlin**
dieBasis – **NEO-PARTEI.DE NRW**
dieBasis – **economy4mankind.org**
dieBasis – **Team Todenhöfer**
dieBasis – Tierschutzpartei
dieBasis – die xyz

.....

Wir verstehen uns nicht als Sammlungsbewegung, wir sind eine Sammlungsbewegung.

Zersplittert haben wir viel schlechtere Chancen als gemeinsam. Durch den Ausschluss der Ränder (Unvereinbarkeit) positionieren wir uns dort, wo sehr viele Altwähler umschwenken können, nicht nur von Randparteien, auch von frustrierten größeren, wie z.B. der FDP (daher AfD und LINKE explizit ausgenommen). Durch die Auflage, unsere Satzung als Voraussetzung für den Zusammenschluss zu akzeptieren, behalten wir die "Lufthoheit", müssen unsere Inhalte nicht ändern. Wenn keine oder nur wenige Kleinparteien mitmachen, haben wir nur die derzeitige Situation. Durch einen solchen Sammlungs-Versuch entstehen also keine Nachteile.

Der einzige Problempunkt ist, dass die Satzung entsprechend geöffnet werden muss, formal also auch Mitglieder anderer Parteien, die den o.a. Auflagen entsprechen, auf unserer Liste zugelassen werden, was aber (da sie unserer Satzung zustimmen müssen) nur eine formale Angelegenheit ohne juristische Probleme sein dürfte.

Nur mal zum Nachdenken: Berlin hatte 9% Sonstige Parteien, darunter 0,6% Basis, 0,3% Piraten (ehemalige 7% Partei – Direktdemokratisch)

Basidemokratie ist und bleibt ja die Parteiinterne Willensbildung von dieBasis und lässt sich nicht einfach anderen Parteien überstülpen. Ein Angebot muß einfach sein, wenn wir verändern wollen.

Der Fachausschuß wird mit Reisetätigkeit beauftragt werden müssen und braucht die Legitimation zu Integrationsversuchen, wie vor beschrieben. Vorzugsweise sollte ein stellv. Vorstand BuPa Neu hier mitmachen wollen, um auch den Integrationswillen nach Außen zu repräsentieren.